

Potsdam - solidarisches Miteinander in einer wachsenden Stadt!

Programm zur Kommunalwahl
am 25. Mai 2014

DIE LINKE.

Impressum

DIE LINKE. Kreisverband Potsdam
Beschlossen auf dem
Kreisparteitag am 22. Februar 2014
V.i.S.d.P. Sascha Krämer
www.dielinke-potsdam.de

DIE LINKE
Kreisverband Potsdam
Dortustr. 53, Atrium
14467 Potsdam
info@dielinke-potsdam.de

Potsdam - solidarisches Miteinander in einer wachsenden Stadt!

Programm zur Kommunalwahl
am 25. Mai 2014

Inhalt

- I. Vorwort des Kreis- und Fraktionsvorsitzenden
- II. Potsdam - solidarisches Miteinander in einer wachsenden Stadt
- III. Ein Potsdam für alle - sozial, solidarisch und weltoffen
- IV. Gute Entwicklungschancen für alle Kinder und Jugendlichen sichern
- V. Für ein gleichberechtigtes Leben aller Altersgruppen in Potsdam
- VI. Wohnen in Potsdam für alle bezahlbar machen
- VII. Potsdam kulturvoll und sozial, wirtschaftlich und ökologisch weiterentwickeln
- VIII. Alle Ortsteile einbeziehen und stärken
- IX. Bürgerbeteiligung für alle möglich machen
- X. Starke Wirtschaft, gute Arbeit, gerechter Lohn - für alle
- XI. Mobilität für alle - umweltschonend, leistungsfähig und sozial gerecht
- XII. Umweltschutz sozial gerecht gestalten
- XIII. Kultur für alle zugänglich machen
- XIV. Für eine Wissenschaft, die Wissen für alle schafft
- XV. Sportstadt Potsdam - die Angebotsvielfalt stärken
- XVI. Sicherheit für alle

I. Vorwort des Kreis- und Fraktionsvorsitzenden

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,
gemeinsam habe wir unsere Stadt voran gebracht. Potsdam entwickelt sich, auch im Bundesmaßstab, gut. Wir LINKEN haben einen wesentlichen Anteil daran. Obwohl wir nicht an der Stadtregierung beteiligt sind, setzen wir als stärkste Fraktion entscheidende Akzente. Ein Potsdam mit allen für alle ist unser politischer Ansatz. Daher setzen wir uns für einen sozialen Ausgleich zwischen arm und reich ein. Wir orientieren uns an den Interessen und den realen Problemen der Menschen. Wir fordern nicht nur mehr Bürgernähe und Bürgerbeteiligung, sondern leben diese täglich. So veröffentlichen wir seit mehr als zwanzig Jahren nach jeder Sitzung der Stadtverordnetenversammlung den „Rathausreport“, unser Alternatives Amtsblatt. Die mehr als zweihundert Ausgaben sind seit Anfang diesen Jahres unter www.dielinke-potsdam.de abrufbar. Ebenfalls seit zwanzig Jahren führen wir an jedem Sonntag nach der SVV unseren politischen Frühschoppen „Rathausreport live“ durch und suchen regelmäßig an stadtweiten Infoständen das Gespräch mit den PotsdamerInnen. Unsere Bürgerumfrage, die 2011 an 6000 Haushalte ging, sowie die regelmäßige Live-Berichterstattung via Facebook aus der SVV sind weitere Bausteine für gelebte Bürgerbeteiligung.

Seit dem Beginn der Wahlperiode 2008 haben wir als aktivste Fraktion weit über 400 Anträge in die SVV eingebracht, von denen etwa zwei Drittel eine Mehrheit fanden. Wir ringen konsequent und kritisch um unsere Anliegen, sind dabei berechenbar, verlässlich und haben mit unserem konstruktiven Herangehen viel erreicht.

Seit langem setzen wir uns für ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot ein. Die Sanierung und der Neubau von Schulen und Kitas haben für uns höchste Priorität. Dieses LINKE Ziel haben wir in den Begleitbeschlüssen zum Landtagsneubau verankert und damit viel erreicht. Es bleibt aber auch künftig eine große Herausforderung für die Stadt.

Frühzeitig haben wir uns mit dem zunehmenden Wohnungsmangel, steigenden Mieten und drohenden Verdrängungsprozessen auseinandergesetzt. DIE LINKE will, dass Wohnen für die PotsdamerInnen bezahlbar bleibt. Deshalb haben wir schon vor zehn Jahren ein Wohnkonzept für die Stadt gefordert, an dem gegenwärtig gearbeitet wird. Zur Lebensqualität gehört auch die Sicherung der Kaufhallen am Schlaatz und im Zentrum Ost auf Initiative der LINKEN.

Die PotsdamerInnen haben sich mit großer Mehrheit für ein Sport- und Freizeitbad am Brauhausberg entschieden. Daran hat DIE LINKE einen maßgeblichen Anteil.

Mit der Schaffung des freiLands und einer dauerhaften Perspektive für das Archiv haben sich die Bedingungen für die Jugend- und Alternativkultur in Potsdam deutlich verbessert. Ohne DIE LINKE wäre beides undenkbar gewesen.

Wir freuen uns, dass nicht zuletzt durch unsere konsequente Haltung der Eintritt in den Park Sanssouci frei bleibt. Wir freuen uns auch, dass an der Michendorfer Chaussee endlich ein neues Tierheim entstehen kann - mit dem Tierschutzverein als Träger.

Seit zehn Jahren ist Potsdam die Landeshauptstadt mit der größten land-

wirtschaftlichen Nutzfläche. Wir sehen das als große Chance, die wir mit einer gezielten Entwicklung der Ortsteile und des ländlichen Raumes künftig besser nutzen wollen. Dazu gehört auch die Stärkung der Ortsbeiräte.

In manchen Fragen konnten wir uns nicht durchsetzen. So z. B. in unseren Bemühungen für ein kostenloses Mittagessen für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler. Wir werden auch in der neuen Wahlperiode dafür kämpfen, dass Möglichkeiten für einen sozialen Ausgleich zwischen arm und reich geschaffen und ausgeschöpft werden. Dazu gehören insbesondere wirksame Maßnahmen gegen Kinderarmut.

Wir setzen uns ein für ein attraktives Schul- und Kitaangebot, das dem wachsenden Bedarf gerecht wird und gleiche Entwicklungsmöglichkeiten für alle sichert.

Eine starke LINKE wird auch weiterhin für eine soziale Wohnungspolitik streiten, um Verdrängungsprozesse zu verhindern.

Zu unseren Schwerpunkten gehört auch die Lösung der sich zuspitzenden Verkehrsprobleme in unserer Stadt.

Es bleibt dabei: Wir sind für Sie da, immer offen für Ihre Fragen und Probleme! Wir wollen ein Potsdam mit allen für alle.

Ihr Sascha Krämer
Kreisvorsitzender

Ihr Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

II. Potsdam – solidarisches Miteinander in einer wachsenden Stadt

Potsdam ist eine lebens- und liebenswerte Stadt. Innovative Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen ziehen viele neue EinwohnerInnen in die Stadt. Die ansprechenden Arbeits- und Lebensbedingungen sorgen dafür, dass sie bleiben. Die Attraktivität unserer Stadt birgt große Chancen – ist aber zugleich auch unsere größte Herausforderung.

Die Sicherung bezahlbaren Wohnens für alle sozialen Schichten, einer attraktiven Bildungs- und Kulturlandschaft und einer bedarfsgerechten und leistungsfähigen Infrastruktur sind die Schwerpunkte der kommenden Legislaturperiode.

DIE LINKE steht für ein Potsdam, das von seinen EinwohnerInnen gestaltet wird. Die umfassende Einbeziehung und Mitbestimmung aller Menschen, die in Potsdam leben und arbeiten, in alle wichtigen Entscheidungen sind Grundlagen unserer Politik.

DIE LINKE steht für ein Potsdam, das die Kreativität und die Ideen seiner EinwohnerInnen annimmt, Beteiligung fordert und fördert und so eine lebendige Stadtgesellschaft gestaltet.

DIE LINKE tritt auf allen Ebenen dafür ein, dass die Kommunen endlich gerecht und ihren Aufgaben entsprechend an den Einnahmen des Staates beteiligt werden. Hier leben die Menschen, hier schaffen sie die materiellen und ideellen Werte und hier muss auch dafür gesorgt werden, dass sie sich an den Entscheidungen beteiligen können.

Als LINKE können und wollen wir nicht hinnehmen, dass die steigende Nach-

frage nach Wohnraum die Mieten in der Stadt in immer größere Höhen treibt. Und es genügt nicht, nur neue Wohnungen zu bauen, wenn nicht gleichzeitig auch die nötige Infrastruktur dafür entsteht. Schulen und Kindergärten, ein leistungsfähiges Verkehrsnetz, Ärzte und Versorgungseinrichtungen, Freizeitangebote – all das und vieles mehr braucht es, um die Lebensqualität in unserer Stadt zu erhalten. Aufgabe der Kommunalpolitik ist es, gleiche Chancen und Bedingungen für alle PotsdamerInnen zu sichern.

DIE LINKE steht für ein Potsdam, das seine EinwohnerInnen in ihrer Unterschiedlichkeit annimmt und fördert, eine Stadt, in der EinwohnerInnen verschiedener sozialer Schichten, Altersgruppen, Lebensentwürfe und Überzeugungen solidarisch miteinander leben können.

DIE LINKE steht für ein Potsdam, das den Zuzug von Menschen aus vielen Nationen als eine Bereicherung empfindet – eine Stadt, die durch die Vielfalt ihrer Angebote in Kultur, Freizeit und Sport für jede und jeden etwas bietet.

DIE LINKE steht für ein Potsdam, in dem Toleranz gelebt wird und das keinen Platz hat für menschenfeindliche und rechtsextreme Überzeugungen und Handlungsweisen.

DIE LINKE steht für ein Potsdam, das mit seinen Nachbargemeinden und -kreisen zum gegenseitigen Vorteil kooperiert. Eine wachsende Region kann nur erfolgreich sein, wenn Stadt und Umlandgemeinden ihre Bedürfnisse offen und vorbehaltlos miteinander besprechen. Mobilität, soziale und kulturelle Infrastruktur sind dabei die wichtigsten Themenfelder, über die wir uns verständigen müssen.

III. Ein Potsdam für alle – sozial, solidarisch und weltoffen

In Potsdam leben viele soziale Gruppen nebeneinander. Die große Anziehungskraft der Stadt führt insbesondere zu einer rapiden Verteuerung des Wohnens. Daraus resultierenden Verdrängungsprozessen gilt es mit allen Mitteln entgegenzuwirken. DIE LINKE steht dafür, alle städtischen Möglichkeiten konsequent zu nutzen, um die Lebensbedingungen sozial benachteiligter PotsdamerInnen zu verbessern.

Existenzsichernde Beschäftigung

Die beste soziale Sicherheit bietet eine existenzsichernde Beschäftigung. Potsdams Wirtschaftskraft bietet dafür ausgezeichnete Chancen. Das Potsdamer Jobcenter muss seine Tätigkeit deshalb konsequent darauf ausrichten, Menschen wieder dauerhaft in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

DIE LINKE steht insbesondere für:

- die kritische Begleitung der Arbeit des Jobcenters mit dem Ziel, bundes- und landesgesetzliche Regelungen und Bestimmungen weitestgehend zugunsten der Betroffenen anzuwenden,
- die Kompensierung wegfallender Arbeitsmarktinstrumente, die bisher aus Mitteln des Bundes oder der Europäischen Union gefördert wurden, wie zum Beispiel der Bürgerarbeit, durch kommunale Arbeitsmarktprojekte.

Wohnkosten begrenzen!

Zu den wichtigsten Aufgaben gehören:

- eine sozialverträgliche Preisgestaltung bei Mieten, Gas, Wasser und

Strom durch städtische Unternehmen,

- die fortlaufende Anpassung der Unterkunftskostensätze für Hartz-IV-Betroffene, um zeitnah auf steigende Miet- und Mietnebenkosten zu reagieren,
- die Einrichtung eines Sozialtarifs für Strom durch die EWP für einkommensschwache Haushalte, bestehend aus drei Komponenten:
 - finanziellen Entlastungen,
 - kostenfreier Energieberatung zur Senkung des Stromverbrauchs,
 - Unterstützung bei der Anschaffung energiesparender Haushaltsgeräte.

Öffentliche Angebote für Gesundheit und Pflege

Die Sicherung der sozialen Infrastruktur ist eine der wichtigsten Aufgaben in einer wachsenden Stadt. Dem steigenden Bedarf muss ein ausreichendes Angebot öffentlicher Dienstleistungen gegenüber gestellt werden. Zentrale Versorgungsangebote wie das Klinikum Ernst von Bergmann sollen deshalb auch weiter in städtischer Hand bleiben.

DIE LINKE tritt insbesondere ein für:

- den Auf- bzw. Ausbau gesundheitlicher Versorgungsstrukturen in den neu geschaffenen Wohngebieten der Landeshauptstadt Potsdam (zum Beispiel im Potsdamer Norden und in Krampnitz),
- die Stabilisierung des Klinikums Ernst von Bergmann als kommunales Krankenhaus und die Erhöhung seiner Leistungsfähigkeit für die Bevölkerung,
- die Unterstützung von niedergelassenen Ärzten bei der Antrag-

stellung für einen barrierefreien Umbau ihrer Praxen durch das Gesundheitsamt Potsdam mit dem Ziel, dass 2019 alle Arztpraxen über einen barrierefreien Zugang verfügen,

- die Sicherung der Grundversorgung mit stationären Pflegeplätzen in kommunaler Trägerschaft zu sozialverträglichen Gebühren,
- die Sicherstellung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs im städtischen Seniorenwohnheim „Geschwister Scholl“ durch eine Erweiterung der Platzkapazität,
- den Ausbau von Angeboten des betreuten Wohnens für SeniorInnen entsprechend den tatsächlichen Erfordernissen.

Kinder und Jugendliche fördern und schützen

Schwierige soziale Bedingungen treffen Kinder und Jugendliche besonders hart. Kinderarmut gibt es auch in der reichen, familienfreundlichen Stadt Potsdam. 16,2 Prozent der Potsdamer Kinder und Jugendlichen leben von Sozialleistungen. Gleichzeitig sind die jüngsten PotsdamerInnen auch die Zukunft unserer Stadt. Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, optimale Startbedingungen für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen.

Insbesondere fordern wir:

- eine enge Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsamt und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sowie dem Schulverwaltungsamt für mehr gesundheitliche Präventionsangebote in allen Einrichtungen (zum Beispiel Sensibilisierung der Eltern für mehr Impfschutz über den Baby-Begrüßungsdienst),
- den Erhalt der Potsdamer Babyklappe und den Aufbau anonymer

Beratungsangebote für werdende Mütter in Notsituationen,

- den Ausbau des Systems der Familienhebammen in der Landeshauptstadt,
- eine Verbesserung des Kinderschutzes über einen Familienbesuchsdienst als Beratungs- und Unterstützungsangebot,
- die Einführung eines entgeltfreien Mittagessens in Kitas und Schulen für alle sozial benachteiligten Kinder und Jugendlichen,
- die weitere Beteiligung der Stadt an der Finanzierung der Schulausstattung für SchulanfängerInnen aus Familien mit geringem Einkommen,
- die Wiedereinführung des Begrüßungsgeldes für Studierende.

Trägervielfalt sichern

Die leistungsfähige soziale Infrastruktur der Landeshauptstadt wäre ohne die Vielfalt der freien Träger nicht denkbar. In Kitas und Horten, Jugendklubs und Bürgerhäusern, Beratungs- und Unterstützungsstellen wird wichtige Arbeit geleistet. Diese Arbeit braucht eine stabile Grundlage.

Deshalb tritt DIE LINKE ein für:

- die bedarfsgerechte Ausstattung aller Bürger- und Begegnungsstätten in der Landeshauptstadt als soziale und kulturelle Einrichtungen,
- die regelmäßige Anpassung der kommunalen Förderung für freie Träger an die tatsächlichen Kosten (Personal-, Betriebs- und Sachkosten; Tarifanpassungen entsprechend den erreichten Tarifabschlüssen),
- die Unterstützung bei der Vermittlung von Partnerschaften zwischen Wirtschaftsunternehmen und

sozialen Einrichtungen für sozial benachteiligte EinwohnerInnen (wie der Tafel, der Suppenküche, dem Frauenhaus),

- die Anerkennung und Stärkung des Ehrenamts, zum Beispiel durch Erweiterung der Angebote des Ehrenamtspasses.

IV. Gute Entwicklungschancen für alle Kinder und Jugendlichen sichern

Bildung ist ein grundlegendes Menschenrecht und Voraussetzung dafür, dass sich Menschen selbstbestimmt entwickeln und erfolgreich an der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse teilhaben können. Erziehung und Bildung sind nicht nur Privatangelegenheit, sondern auch gesellschaftliches Anliegen. Deshalb meinen wir: Bildung gehört in die öffentliche Hand und muss demokratisch und mit gleichen Chancen einschließlich individueller Förderung gestaltet werden. DIE LINKE betrachtet Bildung, Erziehung und Betreuung als eine Einheit, die sich als „roter Faden“ durch alle Lebensabschnitte der Kinder und Jugendlichen, ihrer Eltern und aller dafür Verantwortlichen ziehen soll. Integration ist Aufgabe des Bildungssystems - nicht Auslese. Wir werden uns intensiv dafür einsetzen, dass das Land seiner Verantwortung in allen Bereichen des Bildungssystems bedarfsgerecht nachkommt.

Potsdam verfügt über ein vielfältiges Angebot an Schulen, Kitas, Horten, Jugendeinrichtungen und Sportstätten. Einiges ist in den vergangenen Jahren bereits erreicht worden. In einer stark wachsenden Stadt mit einem großen Zuzug junger Familien bleibt jedoch

noch vieles zu tun. In allen Bereichen ist ein weiterer Ausbau der Angebote erforderlich - dabei darf Qualität nicht auf der Strecke bleiben. DIE LINKE steht dafür, dass diese Angebote für alle PotsdamerInnen zugänglich bleiben. Die Umsetzung des Teilhabepplans der Landeshauptstadt ist eine der zentralen Herausforderungen für Bildungs- und Jugendeinrichtungen sowie Sportangebote.

Teilhabe für alle sichern

DIE LINKE versteht Teilhabe in einem umfassenden Sinn - nicht nur als Integration von Menschen mit körperlichen, geistigen oder emotional-sozialen Einschränkungen, sondern auch als Ausgleich sozialer Benachteiligungen. Schulen, Kitas und Jugendeinrichtungen dürfen mit diesen Aufgaben nicht allein gelassen werden.

Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass:

- der lokale Teilhabepplan der Landeshauptstadt Potsdam mit Leben erfüllt wird,
- bei allen Neubaumaßnahmen und Gebäudesanierungen die gesetzlichen Anforderungen an die Barrierefreiheit vollständig umgesetzt werden,
- Einrichtungen, die Leistungen im Rahmen der Inklusion erbringen, mit zusätzlichen und vor allem entsprechend qualifizierten personellen Ressourcen ausgestattet werden - insbesondere im Schulbereich ist hier auch das Land in die Pflicht zu nehmen-,
- die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf entsprechend ihren Bedürfnissen und Wünschen gleichmäßig über alle Schulformen und Einrichtungen erfolgt, denn Inklusion kann nur dann erfolgreich

sein, wenn sie für alle PotsdamerInnen im Alltag erlebbar wird,

- Förderschulen für Kinder mit speziellem Förderbedarf, insbesondere mit Mehrfachbehinderungen, erhalten werden,
- die Anstrengungen für eine zielgenaue und effektive Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund in allen Bildungsphasen verstärkt werden,
- Weiterbildungsangebote vorgehalten werden, um das pädagogische Personal für den „inkluisiven“ Alltag fit zu machen,
- die Landeshauptstadt ein entgeltfreies Mittagessen für alle sozial benachteiligten Kinder und Jugendlichen in Kitas und Schulen sichert,
- Potsdam eine entgeltfreie Schülerbeförderung für die Potsdamer SchülerInnen anstrebt.

Die soziale Infrastruktur sichern und bedarfsgerecht ausbauen

Das Ziel der Stadtverordneten, die Sanierung aller Kitas, Schulen und Sportstätten bis 2014 abzuschließen, wurde klar verfehlt. Auch aktuell stehen hier noch Aufgaben von erheblichem Umfang an. Gleichzeitig wächst mit der Einwohnerzahl auch der Bedarf an gänzlich neuen Einrichtungen enorm. Bei der Schaffung neuen Wohnraums muss der daraus entstehende Bedarf an sozialer Infrastruktur in Zukunft von Anfang an konsequenter mitgedacht werden. Private Investoren sind im Rahmen von Entwicklungsmaßnahmen und städtebaulichen Vereinbarungen in die Pflicht zu nehmen, sich an diesen Folgekosten ihrer Projekte angemessen zu beteiligen.

Insbesondere ist es aus Sicht der LINKEN erforderlich:

- den noch vorhandenen Sanie-

rungsbedarf in Schulen und Kitas zu erfassen und im Rahmen einer verbindlichen Investitionsplanung bis 2019 vollständig abzuarbeiten,

- Vorhalteflächen für Schulen, Kitas und Jugendeinrichtungen insbesondere im wachsenden Potsdamer Norden (Bornstedter Feld, Krampnitz), aber auch im Bereich Heinrich-Mann-Allee/Templiner Vorstadt zu sichern,
- für soziale Nutzungen geeignete kommunale Gebäude und Flächen zu identifizieren und im städtischen Bestand zu halten,
- den entstehenden Mehrbedarf aus verringerten Klassenstärken im Rahmen der Umsetzung der Inklusion bei künftigen Kapazitätsplanungen zu berücksichtigen,
- bei der Planung von Kapazitätserweiterungen und Neubauten den Bedarf in den Sozialräumen möglichst wohnortnah umzusetzen.

Im Sinne eines langfristigen Substanzerhalts sollen Instandhaltung und nachhaltige Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften künftig stärkere Priorität haben. Einsparungen beim technischen Personal sind auszuschließen, für Reparaturen und Erhaltungsmaßnahmen sind ausreichende finanzielle Mittel einzustellen.

Potsdams Schullandschaft zukunftsorientiert gestalten

Potsdams Schullandschaft ist in Bewegung. Mit der Eröffnung von zwei neuen Gesamtschulen in Potsdam-West und am Schlaatz maßgeblich auf Druck der LINKEN wurden wichtige Schritte gegangen, um dem Schüler- und Elternwillen zu entsprechen. Die Gesamtschule als wichtigste weiterführende Schulform verleiht Potsdam eine Sonderstellung, die auch in das Umland stark ausstrahlt. Diese Position will DIE

LINKE konsequent ausbauen. Eine enge Kooperation zwischen Grund- und weiterführenden Schulen ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur von der LINKEN angestrebten Gemeinschaftsschule und einem möglichst langen gemeinsamen Lernen.

Einer Verlagerung der Verantwortung für den dringend erforderlichen Ausbau des Schulnetzes auf freie Träger aus finanziellen Zwängen werden wir uns entschieden widersetzen. Bildung ist und bleibt öffentliche Aufgabe.

SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen sollen bei der Planung und Gestaltung schulischen Lebens umfassend beteiligt werden.

DIE LINKE plädiert deshalb dafür:

- den zusätzlichen Bedarf an weiterführenden Schulen künftig vornehmlich durch die Errichtung neuer Gesamtschulen und die Umwandlung bestehender Oberschulen in Gesamtschulen zu decken,
- Formen der Berufsorientierung mit externen Kooperationspartnern aus Wirtschaft und Wissenschaft an allen weiterführenden Schulen einzuführen,
- die für einen längeren Übergangszeitraum noch erforderlichen Oberschulstandorte zu stärken und vorhandene Ressourcen besser zu erschließen, zum Beispiel durch verringerte Klassenstärken, die Stärkung besonderer Profile und die Gewinnung externer Kooperationspartner,
- den Bedarf der Oberschulen im Rahmen der Erarbeitung eines neuen Konzepts für die Schulsozialarbeit besonders zu berücksichtigen.

Die kooperative Schulsozialarbeit nimmt eine Schlüsselposition an der Schnittstelle zwischen Bildung und

Jugendhilfe ein. Flexible und bedarfsgerechte Angebote der Schulsozialarbeit sowie schulpsychologische Beratungsangebote sollen an allen Schulstandorten und für alle Schulformen zur Verfügung stehen.

Grundschulen und Horte Hand in Hand - zuverlässige Versorgung für die Jüngsten

Der Ausbau der Grundschulkapazitäten bleibt insbesondere im wachsenden Potsdamer Norden auch nach der Eröffnung der Grundschule im Bornstedter Feld eine der wichtigsten Aufgaben. Wir plädieren dafür, Grundschulen so wohnortnah wie möglich einzurichten. Neben der geplanten Grundschule in Bornim sollte der Standort für die zweite benötigte Grundschule im Norden deshalb im Entwicklungsgebiet Krampnitz liegen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass mittelfristig maximal 25 Schüler/innen in einer Grundschulklasse lernen. Daraus ergibt sich in der Folge auch in anderen Stadtteilen zusätzlicher Bedarf.

DIE LINKE setzt sich für eine integrierte und abgestimmte Betreuung von GrundschülerInnen ein.

Deshalb wollen wir:

- Grundschulen und Hortträger ermutigen, im Rahmen des Modells der verlässlichen Halbtagsschule eine noch engere Kooperation einzugehen,
- wo immer dies umsetzbar ist - insbesondere aber bei Neubauprojekten - einem Grundschulstandort genau einen Hortstandort zuzuordnen,
- den unterschiedlichen Bildungs- und Erziehungskonzepten von Schule und Hort Rechnung tragen, insbesondere durch die Vermeidung der Doppelnutzung von Räumen. Wir fordern weiterhin eine integrierte Schul- und Hortentwick-

lungsplanung.

- Initiativen zu einer organisierten Kooperation zwischen Grundschulen, Horten und Kitas - insbesondere im Rahmen der Gestaltung der Übergänge - künftig wieder von der Stadt fördern lassen.

Unser besonderes Augenmerk gilt der Sicherung der Schulwege in der Stadt. Neue Standorte und sich verändernde Verkehrsführungen bringen hier immer wieder neue Herausforderungen mit sich. Das Schulwegsicherungskonzept der Stadt soll deshalb kontinuierlich fortgeschrieben werden. Außerdem sind im Haushalt jährlich Mittel für kurzfristige Maßnahmen in einem eigenen Produkt bereitzustellen. Für Schulstandorte in den Ortsteilen und im ländlichen Raum der Landeshauptstadt mit einem größeren Einzugsgebiet sollen Möglichkeiten zur Optimierung des Schülerverkehrs in Zusammenarbeit mit den Verkehrsbetrieben geprüft werden.

Kitas in Potsdam - wohnortnah und gut betreut

Potsdam ist gut mit Kita- und Hortplätzen ausgestattet. Längst nicht immer befinden sich diese aber dort, wo sie gebraucht werden. Insbesondere im Potsdamer Norden bedarf es noch großer Anstrengungen zum Ausbau der Kapazitäten. Die Sicherung einer wohnortnahen Versorgung mit Betreuungsangeboten für Eltern ist aus Sicht der LINKEN zu gewährleisten.

Zu einer qualitativ hochwertigen Kita-Betreuung gehört mehr als nur der Platz für jedes Kind. DIE LINKE steht deshalb dafür, die Vielfalt der Träger und pädagogischen Konzepte in der Landeshauptstadt zu erhalten. Außerdem setzen wir uns dafür ein, die vom Jugendhilfe-Ausschuss beschlossenen Qualitätskriterien in der neuen Wahlperiode vollständig umzusetzen.

Dazu gehören:

- die Freistellung der Kita-Leitungen von der Erziehertätigkeit,
- die Finanzierung von Qualifizierungsmaßnahmen für das pädagogische Personal,
- eine weitere schrittweise Absenkung des Betreuungsschlüssels für 3-6-Jährige.

Eine Reduzierung des Betreuungsschlüssels schafft zusätzliche Ressourcen für die individuelle Sprachförderung, die Kooperation mit den Grundschulen und die Wahrnehmung von Qualifizierungsangeboten durch ErzieherInnen. DIE LINKE wird sich außerdem dafür einsetzen, ein sozialpädagogisches Beratungsangebot für Kitas zu etablieren, das in Krisensituationen schnell und unkompliziert von jeder Einrichtung in Anspruch genommen werden kann. Für Kitas, in denen vermehrt Kinder mit einem erhöhten Sprachförderbedarf, Sprachstörungen oder sozial-emotionalen Auffälligkeiten betreut werden, sollen zusätzliche personelle Ressourcen und eine qualifizierte fachliche Unterstützung bereitgestellt werden.

Die Anforderungen, denen sich Eltern in der modernen Arbeitswelt ausgesetzt sehen, sind vielfältig. DIE LINKE will deshalb Kita-Träger besonders fördern, die innovative Angebote für Betreuung zu besonderen Zeiten oder in den Ferien entwickeln und so eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben ermöglichen.

Der notwendige weitere Ausbau der Betreuungsangebote führt auch zu einem erhöhten Bedarf an qualifizierten ErzieherInnen. DIE LINKE wird sich deshalb dafür einsetzen, dass die Stadt Träger, die besondere Anstrengungen zur Ausbildung neuer ErzieherInnen unternehmen, im Rahmen der Kita-Fi-

nanzierungsrichtlinie zusätzlich fördert.

Kita-Gebührensatzung - neu und sozial gerecht

Die Kita-Gebührensatzung der Landeshauptstadt soll umfassend überarbeitet werden, um eine gerechtere Lastenverteilung zu erreichen.

Folgende Punkte sollen mit einer Neufassung umgesetzt werden:

- eine Gebührenbefreiung für Familien mit Einkommen unterhalb des Steuerfreibetrages,
- die Berücksichtigung des tatsächlich verfügbaren Familieneinkommens durch Umstellung der Berechnungsgrundlage von Brutto auf Netto-Basis,
- die Berücksichtigung der Zahl der im Haushalt lebenden Familienmitglieder,
- der Wegfall der Einkommenshöchstgrenze für die Gebührenberechnung,
- die Anrechnung aller Einkommensarten (zum Beispiel Kapitalerträge, Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung),
- ein gebührenfreies Vorschuljahr.

Jugendarbeit - vielfältig, offen und in allen Stadtteilen

Die Sicherung vielfältiger und wohnortnaher Angebote der Jugendhilfe ist ein zentrales Anliegen der LINKEN. Ein besonderer Schwerpunkt der künftigen Arbeit muss in der Schaffung und im Ausbau von bedarfsgerechten Angeboten im Potsdamer Norden und in den ländlichen Ortsteilen der Landeshauptstadt gesetzt werden. Ein Baustein hierfür sind der Ausbau und die Umgestaltung der Biosphäre zu einem Kinder-, Jugend- und Familienzentrum nach Auslaufen der Fördermittelbindung im Jahr 2016.

Neben organisierten und betreuten Angeboten sollen öffentliche Spiel- und Freizeitflächen erhalten und ausgebaut werden. Bei der Planung neuer Wohngebiete und Stadtteile müssen derartige Freiräume für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene von Beginn an mitgedacht und damit potenzielle Nachbarschaftskonflikte von vornherein vermieden werden.

Kinder und Jugendliche haben vielfältige Bedürfnisse und sind in der Lage, diese auch zu artikulieren. DIE LINKE will deshalb verbindliche Formen für die Mitwirkung und Beteiligung der jungen PotsdamerInnen schaffen. In allen Bereichen und Entscheidungen, von denen junge Menschen betroffen sind, sollen sie auch mitreden können. Zur Erreichung dieses Ziels soll die Kooperation mit erfahrenen Trägern wie dem Stadtjugendring und dem Kinder- und Jugendbüro weiter ausgebaut werden. DIE LINKE wird sich insbesondere für eine Verbesserung der Personalausstattung im Kinder- und Jugendbüro einsetzen.

Jugendliche und junge Erwachsene wollen über ihr Leben selbst bestimmen, ihre Ideen und Vorstellungen verwirklichen können. Sie haben mit ihren Aktivitäten einen großen Anteil an einem lebendigen, kreativen und lebenswerten Potsdam. Politik ist in der Pflicht, dafür geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen.

Dazu gehören:

- die Förderung und Unterstützung verschiedener Formen preiswerten Wohnens für Studierende, Auszubildende und junge Familien in allen Stadtteilen,
- die verlässliche Unterstützung alternativer Wohn- und Kulturformen, wie zum Beispiel der Wagenhausburg,

- die Schaffung von speziellen Wohnangeboten für wohnungslose Jugendliche und sogenannte „So-fahopper“,
- der Erhalt und die Förderung der Vielfalt der soziokulturellen Angebote in der Stadt (Archiv, freiland etc.),
- die dauerhafte Sicherung und der Ausbau von Angeboten der akzeptierenden Drogenberatung (zum Beispiel durch Chill out).

Kinder und Jugendliche bedürfen unseres besonderen Schutzes. Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, die präventive Arbeit im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes deutlich auszubauen. Dafür sollen Beratungs- und Qualifizierungsangebote für alle Personenkreise entwickelt werden, die in ihrer täglichen Arbeit mit Fragen des Kinder- und Jugendschutzes zu tun haben. Wir wollen eine Kultur des Hinschauens etablieren, in der die zuständigen Stellen präventiv und helfend eingreifen - und nicht erst dann, wenn „das Kind“ bereits „in den Brunnen gefallen“ ist. Alle diesbezüglichen Maßnahmen sollen in einem zu erarbeitenden Kinderschutzplan für die Landeshauptstadt zusammengeführt werden.

Zusammenführen, was zusammengehört - eine Verwaltungseinheit für Bildung, Jugend und Sport

Nicht nur in der Verwaltung, auch in Bildungs- und Jugendeinrichtungen und Vereinen arbeiten zahlreiche unterschiedliche Akteure mit denselben jungen Menschen. Um diese Arbeit effektiver und einfacher zu gestalten, schlägt DIE LINKE vor, die Fachbereiche Schulverwaltung, Sport und Jugendamt in einem Geschäftsbereich zusammenzuführen.

Damit wollen wir:

- eine integrierte Kita- und Schulent-

wicklungsplanung vorantreiben,

- die Umsetzung des Kinderschutzplans für Potsdam beschleunigen,
- die Zusammenarbeit mit der Trägervielfalt in Potsdam erleichtern,
- Kommunikationswege und Abstimmungsprozesse in der Verwaltung verkürzen,
- zusätzliche Ressourcen für die eigentliche Arbeit mit Kindern und Jugendlichen freisetzen.

Hierfür sollen verbindliche Pläne für die Verwaltung und städtische Einrichtungen erarbeitet werden.

V. Für ein gleichberechtigtes Leben aller Altersgruppen in Potsdam

Auch in der Landeshauptstadt wird der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung stark anwachsen. Dieser Herausforderung muss sich die Kommunalpolitik stellen, indem sie attraktive Lebensbedingungen für alle Bevölkerungsgruppen sichert. Dabei legt DIE LINKE Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen SeniorenvertreterInnen. Schwerpunkte LINKER Politik in der kommenden Wahlperiode werden der Kampf gegen die zunehmende Altersarmut, für bedarfsgerechten Wohnraum und angemessene medizinische und pflegerische Dienstleistungen sein.

Das Miteinander der Generationen fördern

DIE LINKE steht für eine Politik, die das Miteinander verschiedener Generationen fordert und fördert. SeniorInnen sollen nicht auf altersbedingte Defizite

und ihren Pflegebedarf reduziert werden. Die unterschiedlichen Potenziale junger und älterer PotsdamerInnen wollen wir erkennen und nutzbar machen. Dafür gilt es, stabile kommunale Rahmenbedingungen zu schaffen.

Deshalb fordern wir:

- eine verlässliche Förderung ehrenamtlichen Engagements, vor allem Junger für Ältere und Älterer für Kinder und Jugendliche,
- die kostenfreie Bereitstellung öffentlicher Räume und Einrichtungen für eine generationenübergreifende Freizeitgestaltung, insbesondere in den Ortsteilen,
- die Sicherung der gleichberechtigten Teilhabe aller Altersgruppen an Bildung, Kultur und Sport durch öffentliche Förderung,
- die intensivere Nutzung von Erfahrungen und Engagement älterer Menschen für die Stadt,
- die Stärkung des Seniorenbeirats als gewählte Interessenvertretung in seiner Bedeutung gegenüber der Stadtverwaltung,
- die konsequente Einbeziehung vorhandener Netzwerke in der Seniorenarbeit bei kommunalpolitischen Entscheidungen zu seniorenrelevanten Fragestellungen.

Selbstbestimmtes Leben auch im Alter

SeniorInnen sollen auch im höheren Alter selbstbestimmt in ihrem angestammten Umfeld leben können. Dafür braucht es eine Vielzahl auf sie zugeschnittener Unterstützungsangebote.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- die Sicherung altersgerechter, barrierefreier und bezahlbarer Wohnungen in allen Stadtteilen, um auch im höheren Alter ein

möglichst langes selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen.

- die grundsätzliche Barrierefreiheit aller im geförderten Wohnungsbau errichteten Wohnungen. Barrierefreiheit hat Vorrang vor Anforderungen des Denkmalschutzes.
- die Schaffung von Angeboten für selbstbestimmtes Wohnen in Wohngemeinschaften, um der Vereinsamung im Alter entgegenzuwirken.
- die Errichtung von Mehrgenerationenhäusern bei entsprechendem Bedarf,
- den Schutz älterer EinwohnerInnen vor Verdrängung durch steigende Mietkosten,
- den Ausbau kommunaler Hilfestrukturen für seniorenerechtere Wohnraum, zum Beispiel Beratung zu Umzugshilfen durch den Seniorenbeirat und andere freie Träger, Umzugshilfen und Umzugsmietboni beim Wechsel in kleinere Wohnungen,
- die Sicherung der Mobilität älterer EinwohnerInnen durch die bedarfsgerechte Anbindung aller Ortsteile an den ÖPNV, auch am Wochenende.

Weiterhin ist es erforderlich, dass:

- weitere Beratungsangebote zur Pflege im Alter in allen Stadtteilen eingerichtet werden. Dabei soll eine enge Zusammenarbeit zwischen den Pflegestützpunkten, dem Seniorenbeirat und freien Trägern gefördert werden.
- Anstrengungen unternommen werden, die Ausbildung von Pflegekräften in Potsdam zu sichern und ambulante Pflegeangebote in einer ausreichenden Kapazität wohnort-

nah vorzuhalten,

- die Kapazität stationärer Pflegeplätze in kommunaler Trägerschaft zu sozialverträglichen Gebühren bedarfsgerecht zu erweitern.

VI. Wohnen in Potsdam für alle bezahlbar machen

Ziel der LINKEN ist es, Wohnen als ein Grundrecht anzuerkennen und in Potsdam umzusetzen. Der langfristig anhaltende Bevölkerungszuwachs, veränderte Lebensbedürfnisse und die wachsende Spekulation mit Wohnraum führen dazu, dass die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum an Bedeutung gewinnt. DIE LINKE hat frühzeitig auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, der wachsenden Wohnungsnot und damit verbundenen Verdrängungsprozessen durch wirksame wohnungspolitische Strategien und Konzepte entgegenzuwirken. Dafür brauchen wir ein Leitbild für eine nachhaltige Wohnungspolitik in Potsdam.

Die LINKE strebt an, jede/n EinwohnerIn mit Wohnraum zu versorgen, der den Lebensbedingungen der Menschen ebenso entspricht wie ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten. Dazu soll sinnvoll gegliedert in den einzelnen Sozialräumen ein nach Wohnungsgröße, Ausstattung und Preisniveau differenziertes Wohnungsangebot bereitgehalten werden, um eine soziale Mischung in allen Stadtteilen zu sichern. Potsdam braucht ein Bündnis für sicheres soziales Wohnen, in dem insbesondere die städtische Wohnungsgesellschaft, Wohnungsgenossenschaften, aber auch private Wohnungsunternehmen gemeinsam Wege zur Lösung des Wohnungsproblems in der Stadt suchen. Wir

wollen einen Diskurs anregen, um Konzepte und wohnungspolitische Modelle für soziale Schichten zu entwickeln, die sich nicht selbst mit angemessenem Wohnraum auf einem renditeorientierten Markt versorgen können. Darin eingeschlossen ist für DIE LINKE die weitere Diskussion zur Entwicklung von städtischen Perspektiven für eine gemeinnützigen Zwecken dienende und durch Vielfalt geprägte Organisation des Wohnens.

Mietanstieg wirksam begrenzen!

Um diese Ziele zu erreichen, sind zwei Prioritäten zu setzen: die Schaffung neuen Wohnraums und die wirksame Begrenzung des Wohnkostenanstiegs. Eine besondere Verantwortung hat die Stadt bei der Schaffung von Wohnraum für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen, Auszubildende, Studierende und junge Familien.

Deshalb fordern wir:

- die stärkere Fokussierung der städtischen Wohnungsgesellschaft PRO Potsdam auf die soziale Wohnungswirtschaft,
- den Erhalt preisgünstigen Wohnraums und sinnvoll dosierte Sanierungen im Bestand, wie zum Beispiel am Staudenhof, in der Heidesiedlung, den Behlerthöfen und am Brauhausberg. MieterInnen sollen bei geplanten Investitionsmaßnahmen am Mietobjekt möglichst frühzeitig in die Planung einbezogen werden.
- im Falle einer Veräußerung städtischen Wohnraums den Verkauf bevorzugt an Genossenschaften,
- die Förderung des Genossenschaftswesens und seine Entwicklung als optimale Wohnform einschließlich der Förderung von Neugründungen,

- einen Fonds für bezahlbares Wohnen im städtischen Haushalt, der vornehmlich für die städtische Wohnungsgesellschaft und die Genossenschaften zur Verfügung stehen soll,
- die Stabilisierung der Wohnnebenkosten über sozial verantwortliches Handeln der Unternehmen der Stadtwerke,
- gezielte Fördermaßnahmen zur Begrenzung der Mietkosten für junge Menschen, um Verdrängungsprozesse zu verhindern,
- die Zulassung und Unterstützung alternativer Wohnprojekte.

Wohnungsneubau fördern

Potsdam benötigt eine große Zahl neuer Wohnungen. Neubauprojekte dürfen aber nicht ausschließlich teuren Wohnraum schaffen.

Deshalb will DIE LINKE:

- privaten Investoren für Wohnungsbauprojekte einen verbindlichen und dauerhaften Anteil sozialen Wohnungsbaus vorgeben,
- die Grundstücksvergabe für studentisches Wohnen als Konzeptvergabe, orientiert an der Höhe der künftigen Mieten, durchführen,
- eine besondere Förderung für die Genossenschaften entwickeln, um deren Möglichkeiten zum Neubau von Wohnungen zu stärken,
- Wohnungsneubau- und Sanierungsprojekten höchste Priorität in der Bearbeitung durch die Stadtverwaltung einräumen. Vorhabenträger sollen in einem Lotsensystem begleitet werden.
- die Öffentlichkeit, insbesondere aber betroffene AnwohnerInnen, bei Neubau- und Sanierungsprojekten von Beginn an beteiligen, um

aktive Mitgestaltung zu ermöglichen.

Die Landeshauptstadt Potsdam soll sich für Veränderungen des Mietrechts einsetzen, mit denen dem rasanten Anstieg der Mieten wirksam begegnet werden kann. So sollen die Kappungsgrenzen für alle Vermieter verbindlich deutlich herabgesetzt werden. Ausgehend von der vergleichbaren Situation zunehmenden Wohnungsmangels in den großen Städten der Bundesrepublik fordern wir die Wiedereinführung von Bundes- und Landesprogrammen für sozialen Wohnungsbau.

Lebensqualität sichern und entwickeln

In allen Stadtteilen soll ganzheitlich eine hohe Lebensqualität entwickelt werden, die neben geeignetem Wohnraum gute Einkaufsmöglichkeiten, soziale und kulturelle Angebote, eine optimale Verkehrsanbindung mit ÖPNV und individueller Verkehrserschließung sowie ein durchgrüntes Wohnumfeld einschließt. Gesichtspunkte der ökologischen Stadtentwicklung wie die Erhaltung und Schaffung von Frisch- und Kaltluftschneisen sollen bei Neubauprojekten beachtet werden. Dezentrale Gebietsentwicklung kann zur Verkehrsvermeidung beitragen.

Die Kleingartenanlagen in der Landeshauptstadt gleichen in vorbildlicher Weise vorhandene Defizite im grünen Wohnumfeld aus. Als Teil der Lebensqualität sind die vorhandenen Dauerkleingärten entsprechend der beschlossenen Kleingartenentwicklungskonzeption weiterhin langfristig zu sichern. Ebenso sind Garagenstandorte – insbesondere in den Neubaugebieten – dauerhaft zu erhalten und zu sichern.

Verkehrsqualität bestimmt in mehrfacher Hinsicht das Wohnniveau in der Stadt. Es gilt gleichermaßen, die erforderliche Mobilität (zur Arbeit, zum

Einkauf, zur Freizeit) zu sichern, wie die Lebensqualität der Anlieger an großen Straßen zu wahren. Ein besonderes Augenmerk ist auf die verträgliche Gestaltung der Verkehrsanlagen in allen Teilen der Stadt zu legen, um Staus und unverträgliche Lärm- und Schadstoffbelastungen für Tausende von Anliegern zu vermeiden.

VII. Potsdam kulturvoll und sozial, wirtschaftlich und ökologisch weiterentwickeln

Das anhaltende Bevölkerungswachstum stellt Potsdam zunehmend vor strukturelle Probleme. Die für 2020 erwartete Einwohnerzahl ist bereits jetzt nahezu erreicht. Eine solche Entwicklung darf sich nicht ungezügelt fortsetzen. Die wachsende Stadt ist in ihrer Freiflächen-Inanspruchnahme klar zu begrenzen.

DIE LINKE steht dafür, die Stadt kulturvoll, sozial, wirtschaftlich und ökologisch in ihrer Gesamtheit zu entwickeln. Die Lebensqualität in allen Wohngebieten und Stadtteilen ist zu sichern und zu qualifizieren. Neue Anforderungen an die Infrastruktur müssen dabei immer berücksichtigt werden. Das erfordert einerseits klare Zielstellungen der Kommunalpolitik und eine enge Zusammenarbeit der Fachressorts der Stadtverwaltung, andererseits aber auch verstärkte Anstrengungen zur Sicherung einer breiten Beteiligung der jeweils betroffenen EinwohnerInnen.

Die Stadt mit den EinwohnerInnen entwickeln

Stadtentwicklung ist kein Selbstzweck – sie soll gute Bedingungen für alle PotsdamerInnen schaffen. DIE LINKE tritt deshalb dafür ein, die EinwohnerInnen umfassend an diesen Prozessen zu beteiligen. Die Bürgerbefragung zum Neubau des Freizeitbades, die wesentlich durch den Druck der LINKEN möglich wurde, zeigt, dass eine umfassende Beteiligung von EinwohnerInnen auch in komplexen Prozessen zu vernünftigen und breit akzeptierten Ergebnissen führen kann.

Deshalb fordern wir:

- eine breite Einbeziehung und frühzeitige Beteiligung aller PotsdamerInnen bei Bauvorhaben von gesamtstädtischer Bedeutung, auch unter Nutzung des Instruments der Bürgerbefragung,
- eine frühzeitige Information und Einbeziehung betroffener EinwohnerInnen bei lokalen Bauvorhaben,
- die Stärkung des Gestaltungsrates als regelhaftem Bestandteil des öffentlichen Diskussionsprozesses bei Bauvorhaben von gesamtstädtischer Bedeutung,
- die Förderung der Wettbewerbskultur für Bau- und Entwicklungsvorhaben als geeignetem Mittel, zu guten Lösungen zu gelangen.

Lebensqualität und Freiräume erhalten

Die hohe Lebensqualität unserer Stadt resultiert aus einem vielfältigen Nebeneinander von Wohnen, Arbeiten, Natur, Kultur und Freizeit und den dafür geschaffenen Räumen in der Stadt.

Deshalb fordern wir:

- vor der Erschließung neuer Baugebiete nicht ausgeschöpfte Ressourcen in der Innenstadt, in den großen Wohnsiedlungen und im Entwicklungsgebiet Bornstedter

Feld unter Beachtung bestehender Siedlungsstrukturen behutsam zu nutzen.

- die Inanspruchnahme von Kultur- und Naturlandschaften in der Stadt durch neue Bauprojekte klar zu begrenzen. Insbesondere die künftige Inanspruchnahme inzwischen faktisch öffentlich umgenutzter Bereiche im Volkspark für künftige Bauvorhaben soll kritisch hinterfragt werden.
- die diskriminierungsfreie und unentgeltliche Zugänglichkeit bebauter und naturbelassener städtischer Freiräume zu erhalten. Insbesondere die Parks und Uferzonen der Potsdamer Gewässer, zum Beispiel in Groß Glienicke und am Griebnitzsee, aber auch die neu entstehenden Plätze in der Innenstadt sollen umfassend öffentlich zugänglich sein.
- bei der Entwicklung neuer Stadtteile und Wohnsiedlungen, insbesondere im Potsdamer Norden, öffentliche Räume für Sport, Naherholung und Begegnung mit zu planen.
- die Durchführung vertiefter Untersuchungen und Planungen zu Verkehrserschließung, Ausbau sozialer Infrastrukturen und Altlastenbeseitigungen bei der Erschließung neuer Bau- und Planungsgebiete wie des Kasernengeländes Krampnitz. Zur Erzielung optimaler Ergebnisse soll das Instrument des städtebaulichen Wettbewerbs genutzt werden.

Die Entwicklung des Sport- und Freizeitbades am Brauhausberg, des umgebenden Wohnquartieres einschließlich des Erhalts des ehemaligen Terrassenrestaurants Minsk und der Speicherstadt werden von uns konstruktiv begleitet. Angesichts steigender Baukostenschätzungen für den Badneubau gilt es, bis-

her verworfene Optionen noch einmal zu diskutieren, um dem deutlichen Bürgerwillen im Rahmen des wirtschaftlich leistbaren Rechnung zu tragen.

Das Engagement der Kultur- und Kreativwirtschaft am Kultur- und Gewerbestandort Schiffbauergasse ist durch ein professionelles Management so zu entwickeln, dass die vorhandenen Potenziale besser genutzt werden und mehr Anziehungskraft entwickelt wird.

Die Potsdamer Mitte - lebendiges Zentrum statt Museum!

Potsdams kultureller und bauhistorischer Reichtum ist bedeutend. Dazu haben viele Generationen und Epochen ihren Beitrag geleistet. Wichtige Entscheidungen zur Entwicklung des Stadtzentrums in Anlehnung an den historischen Stadtgrundriss wurden in den vergangenen Jahren getroffen und zum Teil bereits umgesetzt. DIE LINKE will das Stadtzentrum weiter als Raum zum Wohnen und Arbeiten, für Freizeit und Kultur, Handel und Gewerbe entwickeln. Alteingesessene BewohnerInnen müssen hier ebenso ihren Platz behalten, wie Neu-PotsdamerInnen ihren finden. Zur Innenstadt gehört studentisches Leben. Ebenso unterstützen wir die Ansiedlung der Kunsthalle im Palais Barberini. Wir treten für ein Miteinander aller sozialen Schichten und Gruppen auch in der Innenstadt ein.

Den einseitigen Rückgriff auf eine bestimmte überlieferte städtebauliche Phase lehnen wir konsequent ab. Die städtebauliche Entwicklung der Neuen Mitte ist auf der Grundlage bisheriger Beschlüsse so weiterzuführen, dass bei der behutsamen Annäherung an den historischen Stadtgrund- und Aufriss die Anforderungen und Bedingungen einer aus den Trümmern des 20. Jahrhunderts heraus im 21. Jahrhundert weiter gewachsenen und sich verändernden Stadt Beachtung finden.

Deshalb fordern wir insbesondere:

- die weitere Ausgestaltung der neu entstehenden öffentlichen Freiräume in der Innenstadt und um das Landtagsgebäude mit einer hohen Aufenthaltsqualität für PotsdamerInnen und BesucherInnen unserer Stadt,
- das Festhalten an der öffentlichen Uferpromenade entlang der Alten Fahrt,
- die Umsetzung einer öffentlichen Durchwegung der Bebauung zwischen Altem Markt und Havel sowie der Uferpromenade entsprechend dem beschlossenen B-Plan,
- den dauerhaften Erhalt des Wohnhauses Alter Markt 10, um soziales Wohnen im Zentrum weiter zu ermöglichen und als Ausdruck des Respekts vor der architektonischen Qualität dieses Solitaires,
- die Durchführung transparenter Diskussions- und Planungsverfahren mit öffentlicher Beteiligung für das Quartier zwischen Friedrich-Ebert-Straße und Staudenhof sowie alle weiteren neu zu bebauenden Flächen in der Innenstadt vor Durchführung weiterer Abrissmaßnahmen. Damit soll die Entstehung innerstädtischer Brachen wie am Standort der geplanten Synagoge oder am ehemaligen „Haus des Reisens“ verhindert werden.
- die sofortige Beendigung weiterer städtischer Bestrebungen zum Kauf und Abriss des Hotels Mercure,
- die zügige Umsetzung eines bedarfsgerechten Neubaus für die Weiße Flotte am Hotel Mercure.

DIE LINKE spricht sich gegen die Errichtung eines Versöhnungszentrums in der historischen Gestalt der Garnisonkirche

aus. Gleichzeitig bekräftigen wir unsere Position, keine öffentlichen Gelder dafür einzusetzen. Darüber hinaus fordern wir, das Konzept eines Versöhnungszentrums hin zu einem Friedenszentrum weiterzuentwickeln. Wir wollen eine breite öffentliche Diskussion mit den PotsdamerInnen über Gestalt und Inhalt dieses Neubaus führen.

VIII. Alle Ortsteile einbeziehen und stärken

Die Ortsteile sind ein bereichernder und prägender Bestandteil der Landeshauptstadt. Das Nebeneinander urbaner und ländlicher Siedlungsstrukturen prägt Potsdams Einzigartigkeit. DIE LINKE setzt sich deshalb dafür ein, den ländlichen Raum zu erhalten und seine Identität zu stärken. Wir wollen die Vorzüge des ländlichen Raums besser für Potsdam nutzen. Gleichzeitig wollen wir aber einen gleichberechtigten Zugang zu den gesamtstädtischen Angeboten und Leistungen sowie eine bedarfsgerechte Anbindung an die soziale und technische Infrastruktur der Gesamtstadt ermöglichen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- die dauerhafte Stabilisierung der Förderung des „dörflichen Gemeinschaftslebens“ durch die Bereitstellung von pauschalen Mitteln und eine weitere Vereinfachung der Antragsverfahren,
- eine besondere Förderung ortsteilbezogener Vereine, Gemeinschaften und Veranstaltungen, zum Beispiel der Jugendfeuerwehren,
- den Erhalt beziehungsweise die Einrichtung von Bürgerhäusern oder Begegnungsstätten als öffentlichen

Räumen für bürgerschaftliches Engagement in allen Ortsteilen,

- die Sicherstellung der kulturellen und sportlichen Vielfalt in den Ortsteilen durch den Erhalt und die Sanierung von Sport- und Kultureinrichtungen wie der Kulturscheune in Marquardt, der Preußenhalle in Groß-Glienicke und den Sportplätzen in den Ortsteilen,
- die Sicherstellung wohnortnaher Angebote insbesondere von Kita- und Grundschulplätzen, aber auch der hausärztlichen Betreuung und der Nahversorgung,
- die Einbeziehung auch kleinerer Wohnungsbaupotenziale in den Ortsteilen in die gesamtstädtischen Planungsprozesse,
- die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Anschlusses an das Potsdamer ÖPNV-Netz mit ausreichend dichten Taktfrequenzen an allen Tagen, auch in den Nebenzeiten,
- die Erarbeitung eines Konzepts für den Kfz-Verkehr, das den durch neue Wohngebiete entstehenden Lasten insbesondere im Potsdamer Norden und Westen ausreichend Rechnung trägt,
- die Stärkung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Ortsteile durch die Anwendung eines eigenständigen Antragsrechts der Ortsbeiräte an die Stadtverordnetenversammlung,
- die bessere Berücksichtigung von Besonderheiten des ländlichen Raums bei der Umsetzung städtischer Regelungen, zum Beispiel bei Stadtreinigung oder Stadtordnung,
- die Umsetzung des Uferwegekonzepts der Landeshauptstadt einschließlich der notwendigen Mittelbereitstellung im Rahmen der

Haushaltsplanungen als wesentliches Element zur Steigerung der Lebens- und Aufenthaltsqualität für EinwohnerInnen und BesucherInnen.

IX. Bürgerbeteiligung für alle möglich machen

Demokratische Teilhabe lebt vom Engagement jeder und jedes Einzelnen, von der Bereitschaft, sich in öffentliche Belange mit eigenen Ideen, Vorschlägen und auch mit Kritik einzubringen. Ohne fördernde Rahmenbedingungen ist dies jedoch auf Dauer nicht möglich. DIE LINKE tritt für ein Potsdam ein, in dem die umfassende Beteiligung aller EinwohnerInnen an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen Grundlage des politischen Handelns wird. Dazu bedarf es einer umfassenden Transparenz, vielfältiger Möglichkeiten und Verfahren zur Beteiligung und echter Entscheidungsspielräume. Wir beschränken uns nicht auf die wahlberechtigten BürgerInnen der Stadt, sondern laden alle Menschen zur Mitwirkung ein, die in dieser Stadt leben und arbeiten, Jugendliche unter 16 Jahren ebenso wie MigrantInnen.

Transparenz schaffen

Beteiligung setzt Information voraus. Kommunalpolitische Prozesse in der Stadt müssen für alle PotsdamerInnen nachvollziehbar und transparent sein. Mit Instrumenten wie dem Rathausreport, regelmäßigen Infoständen in der Stadt und einer Online-Berichterstattung aus der Stadtverordnetenversammlung hat DIE LINKE diese Transparenz geschaffen. Dies werden wir auch in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen.

Darüber hinaus fordern wir:

- einen Ausbau der Live-Berichterstattung aus der Stadtverordnetenversammlung,
- eine Lockerung der Kriterien der Einwohnerfragestunde,
- öffentliche Sitzungen der Ausschüsse in den Stadtteilen,
- regelmäßige Bürgersprechstunden des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten vor Ort,
- regelmäßige öffentliche Diskussionsforen in den Stadtteilen zu aktuell-politischen Themen,
- den Ausbau eines flächendeckenden Freifunknetzes in Potsdam, um allen Beteiligung und Information zu ermöglichen, unabhängig von der Mobilität des Einzelnen,
- die Erleichterung des Zugangs zur und die Modernisierung der städtischen Internetpräsenz,
- die Erweiterung des 'Bürgerservice' um ein mobiles Team, um die städtischen Dienstleistungen im weiteren Flächegebiet Potsdams allen PotsdamerInnen anbieten zu können

Beteiligungsinstrumente ausbauen, Entscheidungsspielräume stärken

Mündige EinwohnerInnen müssen auch mit echten Entscheidungskompetenzen ausgestattet werden. Es geht um mehr als nur ums Mitreden. DIE LINKE steht für ein Potsdam, das den Bürgerwillen ernst nimmt und Ergebnisse basisdemokratischer Entscheidungsprozesse in politisches Handeln umsetzt.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- die Fortschreibung des Konzepts „Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune“ und des Leitbildentwurfs,

- die Kooperation mit und die Stärkung des Bürgerbeteiligungsbeirats, des Bürgerbeteiligungsbüros und der Begegnungshäuser als wesentlichen Instrumenten der Bürgerkommune,
- die Stärkung der Jugendpolitischen Foren durch feste Integration von Veranstaltungen in den politischen Alltag. Wir unterstützen die Einsetzung eines Kinder- und Jugendparlaments in Potsdam.
- den frühzeitigen Ausbau der Beteiligung an der Planung von bedeutenden städtischen Vorhaben, zum Beispiel durch Bürgerbefragungen statt bloßer Informationsveranstaltungen, und zwar vom Beginn der Planung an bis zum Abschluss der Maßnahmen,
- den Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der Bauleitplanung durch eine aktivere Einbeziehung der Betroffenen durch die Stadt zum Beispiel in Einwohnerversammlungen und eine Einbeziehung des Beteiligungsrates und des Bürgerbeteiligungsbüros,
- einen bürgerfreundlichen Zugang zum Amtsblatt,
- den Aufbau der technischen Voraussetzungen für Online-Beteiligungsmöglichkeiten sowie für die Nutzung des Bürgerservice, Antragstellungen, Wahlen und Votings (zum Beispiel Bürgerhaushalt, Umfragen etc..) über die Stadtwebsite,
- die Entwicklung und das Einsetzen von E-Demokratischen Instrumenten zur Stärkung der direkten Beteiligung (Liquid Democracy),
- eine Stärkung und den Ausbau der Instrumente des Bürgerhaushalts. So sollte nach unserer Ansicht der Bürgerhaushalt mit einem verbind-

- lichen Budget ausgestattet werden, sodass beispielsweise direktdemokratische Verbesserungsvorschläge, die eine Einmalinvestition benötigen, direkt aus dem Haushalt heraus gesteuert werden können.
- die Einführung stadtteilbezogener Budgets, die von lokalen Beteiligungsgremien direkt verwaltet werden können,
- die Änderung des Kommunalwahlgesetzes, so dass auch die zirka 5.500 in Potsdam lebenden AusländerInnen, die nicht EU-BürgerInnen sind, an Bürgerbefragungen teilnehmen können.
- eine aktive Ansiedlungspolitik initiieren, insbesondere für die vorhandenen Gewerbeflächenpotenziale,
- stärkere Anstrengungen der Stadt für die Gewinnung größerer Ansiedlungen mit entsprechender Wirtschaftskraft und Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen,
- einen Ausbau der Förderung und Unterstützung von Existenzgründungen sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene,
- eine stärkere städtische Unterstützung von Ausgründungen (Spin-offs) aus der vielfältigen Potsdamer Wissenschaftslandschaft,
- eine zielgerichtete Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen in der Landeshauptstadt,
- eine Beteiligung der Potsdamer Wirtschaft an Projekten des Gemeinwesens mit Augenmaß und orientiert an der tatsächlichen Leistungsfähigkeit (Parkeintritt),
- eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit mit Potsdam-Mittelmark und dem Havelland auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung.

X. Starke Wirtschaft, gute Arbeit, gerechter Lohn - für alle

Eine lebendige Unternehmens- und Wissenschaftslandschaft, eine aktive Gründerszene, geringe Arbeitslosigkeit - all das macht Potsdam zu einem attraktiven Standort, sowohl für potenzielle Investoren als auch für Arbeitssuchende aus Brandenburg und darüber hinaus. Diese starke Position gilt es zu stützen und auszubauen. Die gesunde Entwicklung einer Kommune hängt ganz maßgeblich von ihrer Wirtschaftskraft ab. Eine starke Wirtschaft sichert Arbeitsplätze und finanzielle Einnahmen für die Stadt. Gleichzeitig haben die in Potsdam ansässigen Unternehmen auch eine hohe Verantwortung für die Stadtgesellschaft, in der sie agieren.

Deshalb will DIE LINKE:

- kommunale Aktivitäten zur Erreichung von Standards Guter Arbeit, wie sie der DGB fordert,

Arbeit, von der man leben kann!

DIE LINKE tritt ein für eine Gesellschaft, in der jede/r von seiner/ihrer Arbeit leben kann und vor Altersarmut bewahrt wird. Hierfür stehen die Stadt und die kommunalen Unternehmen in mehrfacher Hinsicht in Verantwortung. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Verantwortung auch wahrgenommen wird.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- den Erhalt und zielgerichteten Ausbau aller städtischen Unternehmen,
- die Kontrolle der Einhaltung des Vergabegesetzes bei allen Aufträ-

gen der Stadt und kommunaler Unternehmen,

- eine Stärkung der Mitspracherechte der Betriebsräte städtischer Unternehmen bei kommunalpolitischen Entscheidungen mit Bezug zum jeweiligen Unternehmen,
- eine Stärkung der Position der Stadtwerke als wesentlichem Element der kommunalen Daseinsvorsorge, zum Beispiel durch eine attraktive und preisgünstige Tarifstruktur sowie den Erhalt des Fernwärmevorrangs in den bestehenden Versorgungsgebieten,
- die Abfrage der Arbeitsbedingungen auf kommunaler Ebene, orientiert am DGB-Index Gute Arbeit,
- die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in der Stadtverwaltung und den kommunalen Unternehmen entsprechend einer langfristigen Bedarfsprognose, die tarifliche Entlohnung der Auszubildenden sowie eine langfristige Übernahmegarantie bei Ausbildungserfolg.

XI. Mobilität für alle – umweltschonend, leistungsfähig und sozial gerecht

Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt heißt Verringerung von Verkehrsbelastung, Verkürzung von Wegezeiten und Optimierung von Verkehrsbeziehungen.

Viele Wege in der Stadt müssen nicht mit dem Auto zurückgelegt werden. Das erfordert ein Umdenken in der Verkehrspolitik, das bundesweit eingesetzt hat. Trotzdem bleibt Mobilität eine wesentliche Voraussetzung gesell-

schaftlicher Teilhabe. Wir setzen uns für verbesserte Bedingungen für FußgängerInnen und RadfahrerInnen und für die Stärkung des ÖPNV ein.

Wir wollen AutofahrerInnen durch attraktive Alternativen zum Umsteigen bewegen.

Wir fordern ein Umdenken - weg von einer einseitig autogerechten Stadt hin zu einem gleichberechtigten Miteinander und einer optimierten Verknüpfung aller Verkehrsträger. Dies schließt für uns ein, Bedürfnisse und Möglichkeiten zahlreicher PendlerInnen aus dem Umland mitzudenken. Potsdams Verkehrsmanagement muss enger mit den Nachbargemeinden abgestimmt werden, sowohl für den ÖPNV als auch bei P+R-Angeboten und dem Ausbau von Radwegen.

ÖPNV

Im städtischen Raum steht mit der Straßenbahn ein sehr leistungsfähiges, effizientes sowie ökologisch und städtebaulich verträgliches Verkehrsmittel zur Verfügung.

DIE LINKE steht für einen Ausbau des Straßenbahnnetzes, wo immer dies volkswirtschaftlich tragfähig ist. Ergänzend sollen Busse eingesetzt werden, die langfristig auf elektrische Antriebe umzustellen sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass:

- Netzerweiterungen für die Straßenbahn sukzessive vorgenommen werden. Neben dem Bau von Strecken nach Kramnitz und von Babelsberg zum Wohngebiet „Am Stern“ beinhaltet dies auch Planungsvorleistungen für kommende Erweiterungsstufen.
- beim Aufstellen von Bebauungsplänen und der Entwicklung neuer Stadtteile im Bereich potenziell erforderlicher Trassen Flächenfrei-

haltungen für eine Straßenbahn-
bindung grundsätzlicher Bestand-
teil werden,

- die Abkehr von fossilen Brennstoffen beim Busverkehr mit der schrittweisen Inbetriebnahme einer neuen, rein elektrisch betriebenen Fahrzeuggeneration forciert wird. Der sinnvollste Weg soll im Rahmen einer Machbarkeitsstudie ermittelt werden.
- die Flächenabdeckung der Stadt durch den ÖPNV dahingehend neu bewertet und verbessert wird, dass als Bemessungsgrundlage nicht mehr der Einzugsradius, sondern der tatsächlich zurückgelegte Weg zur Haltestelle dient,
- für Angebotsverbesserungen durch Taktverdichtungen und dafür notwendige neue Fahrzeuge die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden,
- über neue Finanzierungssysteme für den ÖPNV nachgedacht wird, die den bisherigen konventionellen Fahrscheinverkauf ersetzen beziehungsweise überflüssig machen,
- kurzfristig eine Revision des Tarifsystems mit dem Ziel durchgeführt wird, die Fahrpreise - insbesondere für Vielfahrer - zu senken,
- der Bahnhof Pirschheide mit dem oberen Bahnsteig wieder in das Potsdamer Verkehrsnetz eingebunden und zum Umsteigepunkt für PendlerInnen aus dem westlichen Umland aufgewertet wird,
- Taktverdichtungen des Regionalbahnverkehrs an allen Potsdamer Bahnhöfen, insbesondere in Charlottenhof, Park Sanssouci und Griebnitzsee vorgenommen werden,
- eine bauliche Aufwertung der

Bahnhöfe Charlottenhof und Park Sanssouci erfolgt,

- der Potsdamer Hauptbahnhof wieder an den Fernverkehr der Deutschen Bahn angeschlossen wird.

Wir wollen der EWP einen Prüfauftrag zum Aufbau eines elektromobilen und hoch flexiblen kommunalen Carsharing-Fuhrparks erteilen. In dieses Konzept sollten kostenfreie innerstädtische Stellplätze mit Ökostrom-Elektro“tankstellen“ für die Mietautos eingeschlossen sein.

Radverkehr

Für die meisten innerstädtischen Wege ist das Fahrrad ein geeignetes Verkehrsmittel.

Unter diesem Gesichtspunkt muss ebensoviel Aufmerksamkeit auf den Radverkehr wie auf den ÖPNV gerichtet werden. Eine besondere Bedeutung haben Maßnahmen, die die Sicherheit im Radverkehr erhöhen.

Deshalb setzt sich DIE LINKE insbesondere ein für:

- die Bevorzugung straßenbegleitender Radwege gegenüber den straßenbündigen Schutzstreifen bei Aus- und Umbauvorhaben,
- die Etablierung von „Radverkehrsmagistralen“ analog der ÖPNV-Trassen in Form ausreichend breiter, befestigter und beleuchteter Wege,
- die Durchführung einer Studie zur Notwendigkeit und Umsetzbarkeit des gesamten Stadtgebiet erschließender, steigungsarmer und kreuzungsfreier Radschnellwege in Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes,
- die Schaffung eines dritten Havelübergangs für RadfahrerInnen entlang des Bahndamms am Templiner

See,

- eine Prüfung der Umwidmung von Flächen des ruhenden Verkehrs zu Radabstellanlagen,
- weitere Anstrengungen zum Aufbau eines öffentlichen, leicht zugänglichen und stadtweiten Radleihsystems,
- die Neu- oder Ersatzbeschaffung von Radabstellanlagen in diebstahlsicherer Ausführung.

Autoverkehr

In der Stadt Potsdam wird der Autoverkehr auch in Zukunft unverzichtbar bleiben. Über Anreizsysteme soll jedoch insbesondere der innerstädtische und innenstadtnahe Autoverkehr durch Bereitstellung von Alternativen vermindert werden.

DIE LINKE fordert deshalb:

- die Schaffung einer tariflichen Einheit zwischen Stellplatzangeboten und dem ÖPNV, zum Beispiel, indem der Parkausweis gleichzeitig zur Nutzung des ÖPNV im gesamten Stadtgebiet berechtigt,
- die Beibehaltung der umweltorientierten Verkehrsbeeinflussung, jedoch in Verbindung mit einem offensiven Ausbau der P+R-Angebote an den Stadträndern und im Bereich des Hauptbahnhofs als wichtigstem Umsteigepunkt der Stadt,
- ein verbessertes LKW-Führungskonzept zur Reduzierung des innerstädtischen Schwerlastverkehrs,
- eine Verflüssigung des Kfz-Verkehrs und Stauvermeidung im Straßennetz, um die Anlieger von Emissionen zu entlasten.

Fußgängerverkehr

Der Fußgängerverkehr sorgt vor allem

für Beweglichkeit auf kurzen Strecken. Dabei ist das Erreichen naher Ziele in der Stadt zu Fuß nicht nur ein Beitrag für die eigene Gesundheit. Durch Fußgänger belebte Plätze und Wege laden zum gemeinsamen Verweilen ein und sind dadurch weniger vandalismusanfällig.

Deswegen tritt DIE LINKE ein für:

- die Schaffung durchgängiger Barrierefreiheit auf den Fußwegen, insbesondere im Bereich von Querungen und Kreuzungen,
- die Erfassung von Gefahrenquellen und -orten für FußgängerInnen im Straßenverkehr sowie die Entwicklung von Konzepten zur Erhöhung der Fußgängersicherheit in Zusammenarbeit mit Senioren-, Behinderten- und ElternvertreterInnen,
- Maßnahmen zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, fallweise auch durch Umwidmung von Flächen des fließenden oder ruhenden Verkehrs,
- Maßnahmen zur Erhöhung des persönlichen Sicherheitsgefühls.

XII. Umweltschutz sozial gerecht gestalten

Der Schutz unserer Umwelt wird auch auf kommunaler Ebene ein immer wichtigeres Thema. Sehr viele Entscheidungen in Potsdam sind im Sinne von Nachhaltigkeit und Umweltschutz zu überdenken und zu bewerten. Das betrifft beispielsweise die Bauplanung, die Wasser- und Abwasserpolitik, die nachhaltige Beschaffung, den Flächenverbrauch, Energieeinsparung – regenerative Energien, Abfallvermeidung, Verkehrsvermeidung, die energetische

Sanierung von Gebäuden, Umwelterziehung und Öffentlichkeitsarbeit, regionale Wirtschaftskreisläufe, Lärm- und Emissionsschutz, Verkehrssteuerung und viele weitere Bereiche.

Verantwortungsbewusst mit Energie umgehen

Ein angemessener Energieverbrauch ist Voraussetzung für die Erfüllung von Grundbedürfnissen der Menschen. Da die Ressourcen begrenzt sind, soll Energie verantwortungsvoll genutzt und nachhaltig produziert werden und nicht Kapitalverwertungsinteressen unterworfen sein.

DIE LINKE fordert:

- dass die EWP ein Tarifkonzept entwickelt, das sozial schwächere Bevölkerungsgruppen entlastet und Anreize zur Einsparung von Energie bietet,
- dass das Angebot für eine festverzinsliche EWP-Bürgeranleihe entwickelt wird. Mit dem eingesammelten Geld investiert die EWP zweckgebunden in den Ausbau der Erzeugung von regenerativer Energie.
- dass die EWP ökologischer Vorreiter unter den großstädtischen kommunalen Energie- und Wärmeerzeugern wird. Langfristiges Ziel ist die 100-prozentige Erzeugung und Selbstversorgung mit regenerativ produziertem Strom und Wärme.

Wir sind der Überzeugung, dass die Energieversorgung als Voraussetzung für die Erfüllung von Grundbedürfnissen in Bürgerhand gehört.

DIE LINKE setzt sich deshalb dafür ein:

- dass die EWP innerhalb der kommenden Legislatur ein Konzept zum Rückkauf der Eon-Edis-Anteile vorlegt. Im Zweifel soll ein Bürgerscheid darüber befinden, ob die

Potsdamer Energie- und Wärmeversorgung wieder zu 100 Prozent in kommunale Hand zurückgeführt wird.

- dass die EinwohnerInnen Potsdams in ihrem Engagement, einen eigenen Beitrag zur kommunalen Energiewende zu leisten, unterstützt werden. Geeignete kommunale Dachflächen für Fotovoltaik und solar erzeugte Wärme sollen Bürger-Solar-Initiativen gegen eine angemessene Gewinnbeteiligung nicht nur zur Verfügung gestellt, sondern aktiv über eine internetbasierte Plattform angeboten werden.

DIE LINKE unterstützt alle Aktivitäten der EWP, mittel- bis langfristig die kommunale Energie- und Wärmeerzeugung zu dezentralisieren, um Übertragungsverluste zu minimieren und flexibler auf den Energiebedarf in den Ortsteilen reagieren zu können. Konzeptioneller Bestandteil dieser Überlegungen soll auch bürgerschaftliches Engagement – ob privat oder genossenschaftlich organisiert – bei der nachhaltigen Erzeugung von Energie sein.

Eine den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Wärmedämmung im sanierungsbedürftigen Wohnungsbestand der kommunalen und genossenschaftlichen Gesellschaften darf nicht zu Mietsteigerungen führen, die die Einsparung bei den Betriebskosten deutlich übersteigen und so die Verdrängung einkommensschwacher Familien nach sich ziehen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, gemeinsam mit den Wohnungsgesellschaften Alternativen zu finden, die eine Mietexplosion nach energetischer Sanierung verhindern.

Wir stehen für einen verantwortungsvollen Umgang mit kostbarem und teurem Trinkwasser. Deshalb sollte für die Veranstaltung „Kanalsprint“ künftig kein Trinkwasser mehr genutzt werden.

Naturschutz

Potsdam ist nicht nur reich an weltberühmten Parks und Gärten. Zu Potsdam gehören auch ausgedehnte, ländlich geprägte Flächen. Diese der Erholung und Landwirtschaft dienenden Zonen sind die „grüne Lunge“ unserer Stadt.

DIE LINKE tritt deshalb ein für:

- die Ausweisung von Flächen für großflächige Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien nur im Einklang mit den Schutzbedürfnissen der BewohnerInnen der Nachbarschaft sowie schützenswerten Orts- und Landschaftsbildern,
- die konsequente Beachtung aller Belange des Umwelt- und Naturschutzes bei allen Baumaßnahmen,
- die Fortschreibung der Konzepte und Pläne für Klimaschutz, Lärm- und Schadstoffreduzierung,
- die Überprüfung der Abfallentsorgung der Landeshauptstadt im Hinblick auf eine Optimierung der Transportwege,
- die Umstellung der Fuhrparks der städtischen Betriebe bei Neubeschaffung auf umweltgerechte Fahrzeuge,
- die Verstärkung der städtischen Öffentlichkeitsarbeit, um die PotsdamerInnen für Belange des Natur- und Umweltschutzes zu sensibilisieren,
- die Nutzung der vielfältigen Möglichkeiten des ländlichen Raums für die Umweltbildung der Potsdamer SchülerInnen.

Die Kleingartenkultur ist in Potsdam fest verankert. Sie trägt wesentlich dazu bei, grüne Naherholung zu ermöglichen, automobilen Verkehrsströme „ins Grüne“ zu vermeiden und lebt vorbildlich das ökologische Prinzip

der lokalen und regionalen Nah- und Selbstversorgung mit Obst und Gemüse. Wir wollen die bestehenden Kleingartenanlagen in der Stadt nicht nur erhalten, sondern unter besonderen Schutz stellen. Eine Umwidmung von Kleingarten-Grundstücken zu Bauland soll nur in Ausnahmefällen und auch dann nur bei Bereitstellung hinsichtlich der Größe und Erreichbarkeit gleichwertiger Alternativ-Flächen unter Einbeziehung der betroffenen KleingärtnerInnen möglich sein.

XIII. Kultur und Bildung für alle zugänglich machen

Die Kulturlandschaft in Potsdam hat sich in den vergangenen Jahren für alle erkennbar weiter entwickelt. Sie hat großen Anteil an Potsdams attraktiver Entwicklung. Gravierende Defizite konnten durch das maßgebliche Engagement der LINKEN behoben werden. Beispiele dafür sind die Eröffnung des Potsdam-Museums im Alten Rathaus, die umfassende Neugestaltung des Bibliotheksgebäudes als Bildungsforum und die dauerhafte Etablierung der Jugendsoziokultur in hoher Qualität im FreiLand. Alternativkultur hat in Potsdam durch das Jahrzehnte währende Engagement verschiedener Vereine und frei organisierter Zusammenschlüsse eine lange, lebendige Tradition. Wir wollen Alternativkultur in Potsdam bewahren und sichern. Durch die dauerhafte Sicherung alternativer Kulturprojekte wie des Archiv e.V. wird Potsdams Kulturlandschaft weiter bunt und weltoffen bleiben.

Kulturelle und Bildungsangebote sind ein maßgeblicher Faktor für Lebensqualität, nicht nur in unserer Stadt. Umso entscheidender ist, dass der Zugang

für alle PotsdamerInnen möglich ist. Es geht dabei sowohl um den Genuss von Kulturveranstaltungen und eine kulturvolle Umgebung im Alltag als auch um die persönliche Entfaltung durch künstlerische Arbeit oder die Freude am lebenslangen Lernen.

Die LINKE steht deshalb für:

- sozialen Ausgleich in der Stadt – deshalb wollen wir den Zugang von Kindern und Familien sowie von sozial Bedürftigen zu Kunst und Kultur ausbauen, zum Beispiel durch Sozialtickets für das Hans-Otto-Theater und andere Kultureinrichtungen,
- eine Stabilisierung und auskömmliche Finanzierung der renommierten Kultureinrichtungen Potsdams wie des Nikolaisaals, der Kammerakademie, des Hans-Otto-Theaters, des Kabarettts, der fabrik, des T-Werks und anderer,
- die Sicherung bezahlbarer Bildungsangebote für alle Generationen, beispielsweise in Bibliotheken, bei der Volkshochschule und anderen Bildungsträgern,
- die Sicherung alternativer Kulturstätten in ihrer ganzen Breite, insbesondere auch die Förderung der Bereitstellung zusätzlicher Bandproberäume im gesamten Stadtgebiet,
- eine Verstärkung der Förderung freier Träger und kleinerer Projekte, im Bereich der bildenden Kunst zum Beispiel des Hauses zum Gühlenen Arm oder des Kunsthauses,
- eine stärkere Unterstützung kultureller und nachbarschaftlicher Aktivitäten in Stadtteilen und Wohngebieten,
- ein verstärktes städtisches Engagement zum Ausbau des Kultur-

Sponsorings,

- eine weitere internationale Profilierung Potsdams als weltoffener Tourismus- und Kulturstandort mit Veranstaltungen wie den Musikfestspielen, den Tanztagen, dem Theaterfestival und Ausstellungen,
- die aktive Ausgestaltung und Stärkung der Städtepartnerschaften Potsdams als Plattform für den interkulturellen Austausch,
- die Förderung und Unterstützung von Veranstaltungen im öffentlichen Raum wie der „fete de la musique“ und des „festival contre le racisme“,
- die Stärkung des Kulturstandorts Schiffbauergasse mit einem professionellen Management und der Verstetigung des Festivals „Stadt für eine Nacht“.

DIE LINKE beteiligt sich aktiv an der stadtweit geführten Diskussion zur Gedenkkultur. Wir setzen uns für eine ausgewogene und differenzierte Gedenkkultur ein, die alle Facetten der Geschichte / Stadtgeschichte einbezieht. Wir wenden uns gegen die totalitaristische Gleichsetzung von Faschismus und DDR-Geschichte und treten insbesondere dafür ein, dass der Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur und deren Opfern mehr Aufmerksamkeit in Debatte und Forschung gewidmet wird. Konkrete Formen der Ehrung sollen unter aktiver Einbeziehung jüngerer Generationen weiterentwickelt werden. DIE LINKE will die Auseinandersetzung mit der Stadtgeschichte aktiv fördern. Deshalb setzen wir uns für die Darstellung wichtiger Ereignisse an authentischen historischen Orten ein.

XIV. Für eine Wissenschaft, die Wissen für alle schafft

Potsdam ist ein wichtiger Wissenschaftsstandort. Mit der Universität Potsdam, der Fachhochschule und der Hochschule für Film und Fernsehen beherbergt die Stadt drei Hochschulen. Gerade die Dichte und Vielfalt der An-Institute sowie weiterer Forschungseinrichtungen und Unternehmen in der Stadt sucht ihresgleichen. Doch dieses Potenzial wird leider immer noch nicht genügend ausgeschöpft. Die Hochschulen sind immer noch Orte, die soziale Ungleichheit verschärfen. DIE LINKE steht für eine Bildung, die Angebote für alle Bevölkerungsgruppen bereithält und einen lebendigen Austausch in der Stadt ermöglicht.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- eine zentrale Präsenz der Potsdamer Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen mit attraktiven Angeboten für alle PotsdamerInnen in der Wissenschaftsetage im Bildungsforum am Platz der Einheit,
- den Ausbau der Langen Nacht der Wissenschaften und weiterer öffentlicher Veranstaltungen als interessantes Angebot für die PotsdamerInnen,
- eine stärkere Bewerbung und Unterstützung von Angeboten akademischer Bildung für alle, wie dem openHPI, durch die Stadt,
- eine bessere Kooperation zwischen Stadtverwaltung, Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen, zum Beispiel bei der Erstellung von Gutachten,
- eine enge Abstimmung der Ent-

wicklungsprogramme zwischen Hochschulen und Stadt für den zukünftig erforderlichen Ausbau der Hochschulstandorte in Golm, Potsdam-Nord, Neues Palais und Griebnitzsee,

- eine stärkere Nutzung des großen Wissenschaftspotenzials für die Stadt.

DIE LINKE setzt sich außerdem dafür ein, mit den in Potsdam tätigen Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen eine Zivilklausel zu vereinbaren, um Forschung für militärische Zwecke dauerhaft auszuschließen.

Studierende sind nicht nur die zahlenmäßig stärkste Gruppe an den Hochschulen, sie sind auch eine große Ressource für Potsdam. Wir wollen, dass mehr Studierende Potsdam nicht nur als Arbeits-, sondern auch als Wohnort nutzen.

Deshalb setzt sich DIE LINKE ein für:

- die Wiedereinführung des städtischen Begrüßungsgeldes für Studierende, die ihren Erstwohnsitz nach Potsdam verlegen,
- den Erhalt vorhandenen studentischen Wohnraums, zum Beispiel im Park Babelsberg oder am Neuen Palais,
- die Neuerrichtung von Studentenwohnheimen und die Schaffung zusätzlicher Angebote für studentisches Wohnen, insbesondere in der Nähe der Uni-Standorte,
- eine Verbesserung der ÖPNV-Verbindungen zwischen den Hochschulstandorten und nach Berlin,
- eine verstärkte städtische Unterstützung für das studentische Kulturzentrum KuZe in der Hermann-Elflein-Straße.

XV. Sportstadt Potsdam - die Angebotsvielfalt stärken

Potsdam verfügt über eine große Vielfalt an sportlichen Angeboten in Vereinen und im Freizeitsport. Viele, vor allem junge PotsdamerInnen sind regelmäßig sportlich aktiv. Diese Vielfalt wollen wir erhalten und stärken. Vor allem wollen wir Frauen und SeniorInnen stärker für den aktiven Sport gewinnen.

Begrenzt werden die sportlichen Aktivitäten gegenwärtig hauptsächlich durch die Kapazitäten der öffentlichen Sportstätten. Der im Rahmen des Sportentwicklungsplans festgestellte Bedarf - insbesondere für den Schulsport - soll daher innerhalb der neuen Legislaturperiode vollständig abgearbeitet werden.

Schwerpunkte aus Sicht der LINKEN sind dabei:

- die Sanierung aller Schulsportanlagen im Bestand sowie die bedarfsgerechte Neuerrichtung an neuen Schulstandorten,
- die Sanierung der Motor-Halle in Babelsberg als Sportstätte mit einem besonderen Nutzungsprofil,
- die Errichtung der geplanten Sportanlagen am Park Babelsberg,
- der Neubau einer Skaterhalle als Ersatz für die geschlossene Halle in der Kurfürstenstraße,
- die Erweiterung bestehender und die Schaffung neuer Anlagen auch für den nicht vereinsgebundenen Freizeitsport, insbesondere im Potsdamer Norden.

Grundsätzlich gilt: Eine Schließung von Sportstätten oder deren Rückbau soll nur möglich sein, wenn vorher eine mindestens gleichwertige Ersatzanlage zur

Verfügung gestellt wird. Dies gilt auch für Anlagen, die sich nicht im kommunalen Eigentum befinden, für die die Stadt aber im Rahmen baurechtlicher Befugnisse Genehmigungen erteilen muss. Bauliche Veränderungen und sonstige Maßnahmen an Sportstätten, die die Nutzungsmöglichkeiten verändern, sind vor der Auftragsvergabe mit den betroffenen NutzerInnen abzustimmen.

Das Luftschiffhafen-Areal mit seinen Anlagen ist die größte Sportfläche der Stadt und in seinem Charakter einmalig in Brandenburg. Sein Erhalt und weiterer Ausbau sind essentiell für den Charakter Potsdams als Sportstadt und die Ermöglichung von Spitzenleistungen der Potsdamer Athleten. Diese Aufgabe kann jedoch nicht von der Landeshauptstadt allein bewältigt werden. DIE LINKE wird sich deshalb dafür einsetzen, Land und Bund hier mit in die Pflicht zu nehmen und alle Förder- und Kooperationsmöglichkeiten auszuschöpfen, um bei der Entwicklung des Geländes weiter voranzukommen. Weiterhin soll geprüft werden, inwieweit vom Leistungssport nicht benötigte Kapazitäten auf dem Gelände künftig noch intensiver für eine breiten- und freizeitsportliche Nutzung zur Verfügung gestellt werden können.

Breiten- und Spitzensport sind aufeinander angewiesen und können nur miteinander erfolgreich sein. Deswegen setzt sich DIE LINKE dafür ein, das bewährte System der Sportförderung in Potsdam unter Einbeziehung des Stadtsporbundes zu stabilisieren und die weggefallenen Mittel aus der Hauptstadtförderung des Landes dauerhaft aus dem kommunalen Haushalt zu kompensieren.

Die tragenden Säulen dieses Systems:

- die unentgeltliche Nutzung der kommunalen Sportstätten als Garant für eine lebendige Vereinslandschaft und

- die Förderung sportlich herausgehobener Veranstaltungen mit besonderer Ausstrahlungskraft über Potsdam hinaus,

sollen auch künftig gesichert und ausgebaut werden. Bei der Vergabe von Mitteln der Sportförderung ist eine strikte Verfahrens- und Entscheidungstransparenz auch durch Einbeziehung des Stadtsportbundes zu sichern.

XVI. Sicherheit für alle

Die EinwohnerInnen Potsdams haben das Bedürfnis und das Recht auf ein Leben in Sicherheit - ohne Gewalt und Kriminalität. Wir wollen, dass Potsdam eine gewaltfreie Stadt wird und Konflikte mit friedlichen Mitteln ausgetragen werden. Die auch in Potsdam angestiegene Diebstahlskriminalität bereitet vielen Menschen Sorge. Wohnungseinbrüche gehören zum Alltag.

Die Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit ist in erster Linie die Aufgabe von Polizei und Justiz. Aber auch die Stadt selbst ist im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge in Verantwortung für eine wirksame kommunale Kriminalitätsverhütung. Dabei spielt die vor zwanzig Jahren auf Antrag der LINKEN eingesetzte Potsdamer Sicherheitskonferenz als städtisches Koordinierungsgremium eine große Rolle.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- eine Stärkung der Potsdamer Sicherheitskonferenz als städtisches Gremium zur Kriminalitätsprävention in enger Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz,
- einen Ausbau der präventiven Arbeit zur Stärkung des Sicherheitsgefühls der EinwohnerInnen,

- eine stärkere Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung zum Schutz vor Einbrüchen und Diebstählen,
- die Förderung von Sicherheitspartnerschaften insbesondere im ländlichen Bereich,
- eine enge Zusammenarbeit mit Revierpolizisten.

Die Atmosphäre in der Stadt wird auch von der Ordnung und Sicherheit auf Straßen, Wegen und Plätzen geprägt.

Wir stehen für:

- eine bessere Bekanntmachung und Durchsetzung der Stadtordnung,
- eine zuverlässige Erfüllung der städtischen Verantwortung zur Reinigung öffentlicher Flächen und Entsorgung von Abfällen,
- eine wirksame Förderung von bürgerschaftlicher Mitwirkung, zum Beispiel im Rahmen von Frühjahrsputz-Aktionen.

